

Deutschland für CNE

CNE für Deutschland

*Interessantes aus
Deutschland für CNE-
Leser und Interessantes
von CNE für deutsche
Leser.*

*Nach diesem Motto
berichtet das
CNE Monatsmagazin
über diverse Themen
der freien
Marktwirtschaft.*

Mehr „Österreicher“ für Deutschland

Angesichts einer heraufziehenden Weltwirtschaftskrise sei das Festhalten am Fiat-Money-System ein Grundübel, so der Publizist und Hayek-Schüler Roland Baader. Leider finde die Geld- und Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule an deutschen Universitäten kaum mehr Anhänger. Dabei sei gerade sie es, welche die Schwächen des staatlichen Papiergeldes kritisiere und Auswege aus der vom Fiat-Money forcierten Krise aufzeige.



Roland Baader

„Der Ruf nach Reformen ist inzwischen allgegenwärtig. Die entscheidenden Reformen werden wir aber nicht erleben, weil niemand sie haben will: Die Politiker nicht, die Gewerkschaften nicht, die Unternehmer nicht – und das Publikum auch nicht; jedenfalls nicht die tiefgreifenden und radikalen Reformen, welche notwendig wären, wenn der Karren nicht an die Wand fahren soll.“

Roland Baaders Reformprognosen sind von tiefer Skepsis geprägt: Statt Reformen gebe es nur Reförmchen. Das liege vor allem an der Vorherrschaft der Mainstream-Ökonomie, die das Fiat Money-System und die Idee des Fractional Reserve Bankings (Mindestreserven-Kreditsystem) fördere. Anders als in den USA oder in England gebe es in Deutschland keine Vertreter der Österreichischen Schule mehr, die gegen die Dominanz der Mainstream-Ökonomen ankämpfe.

„Mehr Österreicher für Deutschland“ könnte man seine Forderung in der neuen Ausgabe von *Criticón* zuspitzt umreißen.

Es ist sinnlos, auf eine oder einen deutsche(n) Thatcher zu hoffen. Es wird sie oder ihn nicht geben, weil eine solche Figur wenigstens 15 bis 20 Prozent der Medien-Intellektuellen hinter sich haben muss, wenn sie überhaupt ans Ruder kommen und nicht kläglich scheitern will. Von einem solchen tragfähigen Netz kann in Deutschland nicht die Rede sein, weil hierzulande die massive öffentlichkeitswirksame Aufklärungsarbeit fehlt, die in Großbritannien von den marktwirtschaftlichen Denkfabriken – allen voran dem IEA (*Institute of Economic Affairs*) – betrieben wurde, bis der geistige Boden für die Eiserne Lady bereitet war. Die Engländer unter der Blair-Regierung profitieren noch immer von jenen radikalen Reformschritten.

Was in Deutschland noch dringlicher fehlt als die besagten klassisch-liberalen Medien-Intellektuellen, sind mutige Ökonomen – und vor allem Ökonomen, welche nicht den völlig verirrten Mainstream-Lehren anhängen.

Auf dem Höhepunkt des Booms der 20er Jahre hat Ludwig von Mises, der m.E. bedeutendste Ökonom des 20. Jahrhunderts, prognostiziert, dass dem Boom eine schwere Krise folgen werde. Er konnte das sagen, weil er eine konsistente Geld- und Konjunkturtheorie hatte, eine Theorie, wie sie keiner ökonomischen Schule oder

Lehre – außer der *Österreichischen Schule der Nationalökonomie* zur Verfügung stand und steht. Noch heute lehren die Volkswirtschaftler – auch die liberalen – eine mit ihrem übrigen marktwirtschaftlichen Gedankengebäude nicht-konsistente Konjunkturtheorie, sowie eine völlig falsche Geldtheorie (sonst wüssten sie, dass man strukturelle Verwerfungen nicht geldpolitisch bekämpfen oder bereinigen kann). Und so

Themen in dieser Ausgabe:

*Mehr „Österreicher“ für Deutschland
Roland Baader über die einzige Rettung
in der kommenden Weltwirtschaftskrise*

*Mehr „Chilenen“ für Europa
José Piñera und Sabine Herold über Wege
aus der Krise des Wohlfahrtsstaates*

*Privatisierung im Gesundheitswesen
Max Höfer und Guido Hülsmann über die
kommende Gesundheitsreform*

*CNE Intern
Gerald Hartup, Essay-Preisträger des
IEA und neuer Praktikant bei CNE*

*Kosten anderer auf Kosten anderer senken
Jacob Arfwedsons, IPN, über die Folgen
pharmazeutischer Reimporte*

*FREIHEIT MACHT WETTBEWERB
Hardy Bouillon über Wettbewerb als
Befreiungsinstrument*

*Politik und Kunst
Hardy Bouillon über Kunst und Nutzen
des Beleidigtseins*

mit erfassen sie auch nicht, dass die westliche Welt derzeit auf eine neue Weltwirtschaftskrise zusteuert. Entsprechend energische und schlüssige Warnungen können wir von den Lehrstuhl-Ökonomen nicht erwarten, denn es gibt in Deutschland keine „Österreicher“ mehr. *Friedrich A. von Hayek* war der letzte. (Die Franzosen haben wenigstens noch ihren *Pascal Salin* – und die Spanier ihren *Jesús Huerta de Soto*).

„Was in Deutschland noch dringlicher fehlt als die besagten klassisch-liberalen Medien-Intellektuellen, sind mutige Ökonomen – und vor allem Ökonomen, welche nicht den völlig verirrten Mainstream-Lehren anhängen.“

Mises hatte die Grundzüge seiner Konjunkturtheorie – aufbauend auf *Ricardo* und auf den Alt-Österreichern (*Böhm-Bawerk* u.a.) schon 1912 entwickelt. Sein Buch *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel* ist noch immer – nach über 90 Jahren – das beste Lehrbuch zum Verständnis des Wesens des Geldes und des Kredits (und deren Wirkung auf die wirtschaftlichen Zyklen). Später hat er diese Theorie noch verfeinert – und *Hayek* hat sie in den 30er Jahren weiter ausgebaut, vor allem mit den zwei Werken *Geldtheorie und Konjunkturtheorie* (1929) und *Preise und Produktion* (1931). Diese Theorie war – über *Hayek* – gerade auf dem Weg, von den angelsächsischen Ökonomen (und damit von „der Nationalökonomie“ ganz generell) übernommen zu werden, als *Keynes' General Theory* das ganze Gedankengebäude hinwegfegte und unser Fach um mehr als 200 Jahre in die ökonomietheoretische Steinzeit zurückwarf.

Professor Rothbard, einer der genialistischsten Köpfe der Gesellschaftswissenschaften, hat 1969

schon geschrieben: „Es ist höchste Zeit, daß die Österreichische Konjunkturtheorie den Ökonomen und dem Publikum wieder nahegebracht wird.“ Seither sind weitere 34 Jahre vergangen – und noch immer meiden die Mainstream-Ökonomen (und das sind fast alle) diese Theorie wie die Pest. Und zwar weil in dieser Theorie als tiefster Kern die Mahnung an die Ökonomen steckt, bescheidene Philosophen zu bleiben und nicht wichtigtuerische Makroklemptner, mathematisierende Gesellschafts-Ingenieure und Ideenlieferanten der Politik – und damit des zerstörerischen Interventionismus – zu werden.

Während (und weil) die Lehrstuhl-Ökonomen fortfahren, aus der Volkswirtschaftslehre eine Unterfakultät der Mathematik und eine zeitgeist-konforme Art der Sozial-Alchimie zu machen, müssen die wenigen Ausnahme-Exemplare unseres Fachs sowie die Handvoll in der Tradition des Klassischen Liberalismus gebildeten Autoren und Journalisten die Aufgabe übernehmen, die in der Nachfolge der Klassischen Politischen Ökonomie stehende „Österreichische Lehre“ wenigstens den jungen Leuten unserer Profession wieder nahe zu bringen. (Bei dieser Gelegenheit wäre anzumerken, dass die ökonomische Beratung *Maggie Thatchers* schwergewichtig durch *Hayek* – persönlich und durch sein Werk – erfolgte, also von einem Giganten der *Österreichischen Schule*).

Es gibt viele Gründe für eine der Mainstream-Ökonomik entgegenstehende Aufklärung des Publikums und vor allem der Medien-Intellektuellen. Heute aber ist ein Grund hinzugekommen, der alle anderen überragt: Es zieht nämlich die Gefahr am Horizont auf, dass bei Ausbruch und im Verlauf der kommenden schweren Wirtschaftskrisen in allen Medien die Parole gedroschen werden wird, die Katastrophe sei das Ergebnis des „wild geworde-

nen Neoliberalismus“ und des „unbeschränkten Turbo-Kapitalismus“. Entsprechende – die Tatsachen auf den Kopf stellende – Gesänge sind ja schon lange zu hören, wo und wann immer ein echtes oder eingebildetes Übel auf der Welt in den Fokus der Talk-Show-Prominenz gerät. Was diesen sich dann zum Sturm aufblühenden Parolen (im Verein mit revolutionären Unruhen) folgen wird, ist das, was der Sozialphilosoph *Anthony de Jasay* den „Panzer-Sozialismus“ genannt hat. Natürlich kann auch ein „Panzer-Autokratismus“ dabei herauskommen.

Diejenigen Ökonomen, die der österreichischen Geld- und Konjunkturtheorie nicht angehören – und das sind leider fast alle – halten solche Überlegungen für maßlos übertrieben. Man schaue sich nur an, was sie aus dem letzten und verzweifeltsten Aufruf des betagten *Hayek* gemacht haben, mit seinem Vorschlag für ein konkurrierendes Privatgeld: nämlich gar nichts. Seit fast 30 Jahren haben sie das Thema totgeschwiegen und basteln weiter an ihren Weisheiten zur Fiat Money-Politik (Fiat Money = das aus dem Nichts erzeugte staatliche Papiergeld). Also müssen die populärwissenschaftlich tätigen Autoren und Journalisten, die (in den Augen der Lehrstuhl-Größen) „Schmuddelkinder der Ökonomie“, die Arbeit übernehmen. In den USA und in Großbritannien wird diese Aufgabe – ganz anders als auf dem europäischen Kontinent – überwiegend von einer stattlichen Zahl akademisch tätiger Ökonomen bewältigt, vor allem im Rahmen zahlreicher Free Market Think Tanks.

Gott sei dank bekommen wir neuerdings Unterstützung von einem mutigen Ordinarius, nämlich von Professor *Meinhard*

Miegel – wenigstens der Richtung nach, wenn auch leider nicht mit "österreichischer Stringenz". Aber es hat 50 Jahre der politikbetriebenen (und oft genug auch ökonomietheoretisch gestützten) Verkrüppelung und Lähmung der Marktwirtschaft bedurft, bis sich einer vom akademischen Olymp ans gemeine Volk gewendet hat. Hut ab, denn seine Rolle als Galionsfigur der „Bürgerinitiative“ wird ihm bei seinen Kollegen keinen akademischen Ruhm einbringen. (Mit „österreichischer Stringenz“, die leider auch bei *Miegel* fehlt, meine ich vor allem den entschiedenen Streit gegen das Fiat Money-System, gegen das Fractional Reserve Banking (Mindestreserven-Kreditsystem), gegen das Zentralbanken-Unwesen (*Greenspan* ist gerade dabei, die fünfte Blase in Folge mit der heißen Luft aus Tausenden von Milliarden Papierdollars aufzublasen: nach der Aktien-Bubble die Hypotheken- und Konsum-Bubble, danach die Bonds-Bubble, und derzeit wieder eine neue Aktien-Bubble) und ganz besonders gegen die ökonomischen Märchen von den Nachfrigestärkungs- und Staatsausgaben-Theorien zur Konjunktur „ankurbelung“. In Japan wird diese irrwitzige „Ankurbelungs“-Politik seit 14 Jahren betrieben – ohne jedes positive Ergebnis; im Gegenteil: sie vertieft und verlängert nur die Krise, vergrößert nur die Absturzhöhe der Volkswirtschaft und führt geradewegs in den Staatsbankrott – und damit in die Vernichtung der Lebensersparnisse ganzer Generationen.

Auf eine Hauswand aufgesprüht, sah ich neulich die Parole „Stoppt den Rohrkrepierer-Kapitalismus“. Ich stelle mich voll hinter diese Parole – auch wenn sie von ihrem Urheber gewiss ganz anders gemeint war, als ich sie auslege. Was die Zentralbanken der westlichen Welt (am Nasenring der Politik laufend) im 20. Jahrhundert getrieben haben, und was sie besonders seit 30 Jahren (seit dem Ende des letzten Restes der Goldbindung des Dollars) – und ganz besonders in den letzten 16 (*Greenspan*)

Jahren betrieben haben: das IST Rohrkrepierer-Kapitalismus, das ist eine Blutvergiftung der Marktwirtschaft mit sozialistischem Geld (staatlichem ungedecktem Papiergeld). *Marx* wird auf diese Weise mit seiner eigentlich unsinnigen These recht behalten, dass der Kapitalismus von immer schlimmeren Krisen heimgesucht wird, bis ihn schließlich eine finale Giga-Krise hinwegfegt. Aber das liegt nicht am Kapitalismus – denn dieser ist und

„Mit österreichischer Stringenz meine ich vor allem den entschiedenen Streit gegen das Fiat Money-System, gegen das Fractional Reserve Banking (Mindestreserven-Kreditsystem), gegen das Zentralbanken-Unwesen.“

bleibt in Wirklichkeit die einzige effiziente Reichtumsmaschine und die einzige sozio-ökonomische Freiheitsordnung, die der Menschheit zur Verfügung steht –, sondern das liegt vor allem an dem, was Politik und Zentralbanken (und in deren Windschatten Gewerkschaften und Interessenverbände) zur Zerstörung des Kapitalismus getan haben und nach wie vor tun: Das Rufen nach – und das Erzeugen von immer mehr heißer (Geld- und Kredit-) Luft und von Blasen in Serie. Und das liegt an den Mainstream-Ökonomen, welche die monetären und politischen Destrukteure mit ihren Theorien stützen, statt ihnen scharf und entschieden entgegenzutreten. Sie betreiben Voodoo-Ökonomie und das Gegenteil dessen, wofür die „Austrians“ – inklusive *Hayek* – eingetreten sind.

Überaus dankbar bin ich dem Herausgeber von *Criticón*, *Gunnar Sohn*, dafür, dass er meine Anregung aufgenommen hat und

derzeit dabei ist, ein – vorerst nur virtuelles – *Ludwig-von-Mises-Institut* zu gründen, dessen Aufgabe die Wiederbelebung der grundlegenden Erkenntnisse der Österreichischen Schule der Nationalökonomie in Deutschland sein wird. Ihm und seinen Mitstreitern möge dabei als Leitlinie das dienen, was *Pascal Salin*, Ökonomie-Professor an der Universität Paris-Dauphine, in einem Interview mit dem *Austrian Economic Newsletter* im Sommer 1996 berichtet hat: „Hayek hat mir einmal gesagt, dass die Denker der Österreichischen Schule ein Teil der Hoffnung seien, die er für die Welt hege. Ich [*Salin*] würde sagen: Die „Österreicher“ sind nicht Teil der Hoffnung, sondern die einzige Hoffnung.“

Roland Baader, *Diplom-Volkswirt* (diplomiert bei F.A. von *Hayek*), gilt als herausragender Freiheitsdenker der Gegenwart im deutschen Sprachraum. Von seinen zahlreichen Publikationen ist zuletzt (im Resch-Verlag, Gräfelfing) erschienen: ***totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören*** (rezensiert in der Februar-Ausgabe des CNE-Monatsmagazins). Als Einführung in das Werk von *Ludwig von Mises* eignet sich besonders das von *Roland Baader* herausgegebene *Mises-Brevier Logik der Freiheit* (Ott Verlag, CH-Thun).



Logik der Freiheit. Ein Ludwig von Mises-Brevier, hg. von *Roland Baader* Thun (Schweiz): Ott Verlag, 2000

Mademoiselle Thatcher in Mailand

Galt die erste CNE-Konferenz in Italien (Piacenza) vornehmlich der Steuerfrage, griff die zweite Tagung, diesmal in Mailand, das Thema Wohlfahrtsstaat auf.

Der Mut zu entschiedenen Reformen fehlt allerorts in Europa. Dabei gibt es viele Beispiele in aller Welt, die zeigen, daß eine radikale Umstellung auf kapitaldeckende Verfahren das Sozial-

versicherungssystem rasch und nachhaltig sanieren kann. Das beliebte Argument von den Besonderheiten im eigenen Land soll nur darüber hinweg täuschen, daß man sich der Macht der Interessengruppen beugt.

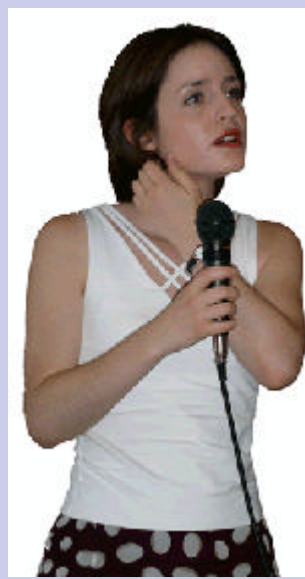
Dr. José Piñera und Sabine Herold warben in Mailand für eine europaweite Reform des Wohlfahrtsstaates.

chitekten der chilenischen Privatisierung des Rentensystems, das weltweit zum Aushängeschild erfolgreicher Reformenprojekte wurde. In seiner Eigenschaft als Gründer und Präsident des *International Center for Pension Reform* berät Piñera derzeit Regierungen in aller Welt zu Fragen der Einführung privater Rentensysteme.

Die Tagung wurde von CNE Visiting Fellow Alberto Mingardi eröffnet. Mingardi unterstrich das historische Versagen des Wohlfahrtsstaates, der, statt den Armen zu helfen, nur die Bürokratie gefördert habe. Herold und Piñera stellten die Krise des Wohlfahrtsstaates und deren Bewältigungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt Ihrer Vorträge. Dr. Piñera begann mit einer Beschreibung des Wohlfahrtsstaates, wie er von Bismarck ins Leben gerufen wurde, als ein zum Scheitern verurteiltes Modell. Jetzt, da Europas Bevölkerung veraltet und nur zu wenige junge Arbeitskräfte nachwachsen, näherte sich das System seinem Bankrott. Das chilenische System statte seine Arbeiter mit dem notwendigen Kapital aus und verwandle sie in Kapitaleigner.

Herold erläuterte die Bedeutung Ihres Engagements in Frankreich und illustrierte die Tyrannei der Gewerkschaften. Die französische Bevölkerung sei die ständigen Straßenblockaden und Protestmärsche satt, so Herold. Deshalb käme ihre Botschaft bei so vielen Franzosen gut an. Herold appellierte an die französische Regierung, ernsthafte Reformen durchzusetzen und ihren ängstlichen Zickzack-Kurs aufzugeben. Es sei an der Zeit, mehr Mut zu beweisen, sagte sie.

Übersetzt nach einem Bericht von
Helen Disney, Stockholm Network



Die Argumente von Dr. José Piñera und Sabine Herold wiesen in dieselbe Richtung: Die Krise des Wohlfahrtsstaates ist selbstgemacht. Nur beherzte Reformen, welche die Macht der Interessengruppen brechen, können die Krise überwinden.

Am 27. Juni 2003 sprachen das französische "Enfant terrible", Sabine Herold, und der Vater der chilenischen Rentenreform, Dr. José Piñera, auf der zweiten CNE-Italien-Konferenz über die „Die Krise des Wohlfahrtsstaates in Europa.“ Die Veranstaltung wurde von CNE Visiting Fellow Alberto Mingardi und dem italienischen Verleger Leonardo Facco (www.libertari.org) in Mailand organisiert.

Sabine Herold ist eine 21-jährige Pariser Studentin, die mehrfach durch ihre Aktionen gegen die französischen Gewerkschaften von sich aufmerksam machte. Sie ist Herausgeberin des in Paris ansässigen Publikationsorgans

„Liberté, j'écris ton nom“ (Freiheit, ich schreibe Deinen Namen.) Herold konnte bislang mehr als 80.000 Menschen dazu bewegen, gegen die Politik der französischen Gewerkschaften auf die Straße zu gehen. *Le Figaro* nennt sie die „Jeanne D'Arc der Liberalen“ und die *London Times* taufte sie vor kurzem auf den Namen „Mademoiselle Thatcher“.

Der Harvard-Absolvent Dr. José Piñera ist Distinguished Fellow am Cato Institute in Washington, DC, und dort Co-Vorsitzender des Cato-Projekts zur freien Wahl der Sozialversicherungen. Als chilenischer Arbeitsminister wurde er zum Ar-

Privatisierungsorgie? Ja, bitte

Der Chef-Unterhändler der CDU für Gesundheitsreformen, Horst Seehofer, mäkelte bekanntlich: „Bei dieser Privatisierungsorgie mache ich nicht mit.“ Genauso empört gebärdete sich Gudrun Schaich-Walch, Seehofers Verhandlungspartnerin bei der SPD: „Privatisierung, nicht mit uns.“

Doch von einer Privatisierungsorgie im Gesundheitswesen kann keine Rede sein, so Max Höfer in der Sommerausgabe von Criticón.

Bonn – Gesundheitsreform. Nur sehr zaghaft wagen sich die Politiker an die Privatisierung der Zahnbehandlung oder an Selbstbehalte in der gesetzlichen Krankenkasse. Dabei ist beides für die Rettung unserer Sozialsysteme dringend notwendig. Trotzig und entschlossen wirkt Horst Seehofer, als er zu den Pressemikrofonen tritt und sein soziales Gewissen beschwört: „Bei dieser Privatisierungsorgie mache ich nicht mit.“ Genauso empört gebärdet sich Gudrun Schaich-Walch, Seehofers Verhandlungspartnerin bei der SPD: „Privatisierung, nicht mit uns.“

Orgie? Schön wär's. Die CDU will den Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) herausnehmen und in eine private Krankenversicherung überführen. Das sind nicht mal drei Prozent der Ausgaben der GKV von 134 Milliarden Euro im Jahr – eigentlich Peanuts. Die Antifront steht. Sie macht der Bevölkerung Angst vor mehr Eigenverantwortung. Doch die Furcht ist unbegründet. „Die gesetzlichen Kassen müssen von allem befreit werden, was nicht unbedingt solidarisch versichert werden muss“, fordert Professor Bernd Raffelhüschen vom Deutschen Institut für Gesundheitsökonomie. Was wir jetzt aus dem

Leistungskatalog der Krankenkassen ausgliedern, dämpft die absehbare Kostenexplosion in den gesetzlichen Kassen und schont die künftigen Beitragszahler. Ohne mehr Eigenverantwortung ist die GKV langfristig nicht finanzierbar.

Raffelhüschen ist Mitglied der Rürup-Kommission, die die Bundesregierung bei den Sozialreformen berät. Für das Gremium berechnete er, wie die Beitragsätze in der Kranken- und Pflegeversicherung hochschnellen, wenn die Politik jetzt nicht eingreift. Sein Ergebnis: Im Jahr 2025, also schon in gut zwanzig Jahren, wird der durchschnittliche Beitrag für die GKV von derzeit 14,4 Prozent auf über 19 Prozent gestiegen sein, in der Pflegeversicherung verdoppelt er sich im gleichen Zeitraum von 1,7 Prozent auf 3,3 Prozent. Viele Unternehmen können derart hohe Sozialabgaben schlicht nicht mehr bezahlen. Raffelhüschen plädiert deshalb dafür, jetzt an die Beitragszahler von morgen zu denken und den Leistungskatalog, wo es geht, auszudünnen. Zur Privatisierung bieten sich an: Die gesamte Zahnbehandlung, die Pflegeversicherung für die unter 60jährigen; außerdem sollte es einen allgemeinen Selbstbehalt geben. Insgesamt würde das für erhebliche Entlastung sorgen.

Die GKV muss auf die Leistungen konzentriert werden, die Solidarität verdienen, auf Großrisiken wie Krebs, Herzinfarkt oder Schlaganfall. Die Zahnbehandlung gehört sicherlich nicht dazu. Ein wackeliger Backenzahn ist nicht lebensbedrohlich. In der Schweiz, in den Niederlanden und in Skandinavien entscheidet längst jeder Bürger selbst, wie er seine Zähne versichert. Das Risiko ist privatisiert, und in Norwegen lächelt man min-

destens genauso frisch aus der Unterwäsche wie in unseren Breiten. Den Wunsch nach ebenmäßig weißen Zähnen muss nicht die Solidargemeinschaft erfüllen. „Wie oft einer zum Zahnarzt geht, hängt davon ab, wie penibel er seine Zähne pflegt“, erläutert Wilfried Beckmann, Vorsitzender des Freien Verbands deutscher Zahnärzte. Die Kosten hängen zudem stark vom den ästhetischen Ansprüchen jedes einzelnen ab, und die mögen bei einem Lkw-Fahrer andere sein als bei einer Schauspielerin.

Warum also nicht die gesamte Zahnbehandlung aus dem gesetzlichen Versicherungsschutz ausgliedern und jedem einzelnen überlassen? Der Beitragsatz könnte dann auf einen Schlag um 1,2 Prozentpunkte auf dann 13,2 Prozent sinken. Der Kanzler käme seinem „unter dreizehn Prozent“ Ziel einen großen Schritt näher. Die privaten Krankenversicherungen stehen schon mit lukrativen Policen bereit: Ohne Risikoprüfung wollen sie jeden Antragsteller zu einem altersunabhängigen Beitrag von zirka 29,50 Euro im Monat aufnehmen. Im Gegenzug sinkt der GKV-Beitrag um 1,2 Prozentpunkte. Ein Durchschnittsverdiener mit 2500 Euro brutto zahlt dann zirka 30 Euro pro Monat weniger. Doch die Sozialpolitiker blockieren. Ministerin Ulla Schmidt erinnerte in einer Fraktionssitzung daran, dass die SPD 1998 im Bundestagswahlkampf mit einem Plakat warb, das einen Jungen mit Zahnlücken zeigte, darunter der Satz: „Die Herkunft darf man nicht an den Zähnen erkennen.“ Die Kohl-Regierung hatte zuvor den Zahnersatz für alle Jahrgänge unter 18 abgeschafft. Die alte SPD-Kampagne passt in die Welt des Klassenkampfes der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts, nicht in eine Gesellschaft, deren Bruttoin-

landsprodukt sich seither versechsfacht hat und die im Jahr 100 Milliarden Euro für Urlaubsreisen ausgibt. Zudem ist sie ungerecht. „Es gibt nicht nur die soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, sondern auch eine Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt“, sagt Andreas Storm, Gesundheitsexperte der CDU. Wie kommt etwa eine heute 20jährige dazu, jahrzehntelang stetig steigende Beiträge in die Pflegeversicherung einzuzahlen, um später als 75jährige gesagt zu bekommen, dass ihr nur eine primitive Grundversorgung zusteht, während eine heute 75jährige ein Pflegegeld von bis zu 1918 Euro pro Monat erhält, aber nur minimalste Beiträge dafür entrichtet hat? Storm, der in Seehofers CDU-Verhandlungsteam sitzt, drängt deshalb auf mehr privat und weniger Staat.

Die AOK schätzt, dass der „Anteil der über 80jährigen von 3,4 Prozent im Jahr 2000 auf 9,4 Prozent im Jahr 2030 ansteigt.“ Neue Therapien und Medikamente erweitern das Leistungsspektrum zusätzlich. Aus diesem Alterungsdilemma gibt es nur zwei Auswege: Entweder die Ausgaben werden eingefroren, dann erhalten immer mehr Ältere immer weniger Leistungen. Oder die Einnahmen werden erhöht, dann müssen die jungen Aktiven bis zu 33 Prozent ihres Bruttoeinkommens allein in die Kranken- und Pflegekasse zahlen – wenn sie bis dahin nicht lieber auswandern. Bei der Pflege muss unbedingt jetzt die Reißleine gezogen werden. „Die Pflegeversicherung ist ein Bereicherungsabkommen zu Lasten zukünftiger Generationen“, sagt Experte Raffelhüschen. Kein einziger Jahrgang wird je auch nur annähernd das einzahlen, was er an Leistungen erwartet. Der Beitragsatz wird von derzeit 1,7 Prozent auf über 4 Prozent ab 2030 klettern.

Raffelhüschen plädiert deshalb dafür, „für alle unter 60 eine private kapitalgedeckte Versicherung anzustreben“. Dann kann we-

nigstens die geburtenstarke Babyboomer-Generation, von der ab 2015 Jahrgang für Jahrgang in Rente geht, noch Kapital ansparen, um die Kostenbelastung zu senken. Für die heute über 60jährigen hat das keinen Sinn mehr. Aber viele haben genug eigenes Geld, weshalb erst nach einer Bedürftigkeitsprüfung Pflegekosten von der Allgemeinheit bezahlt werden sollten. Der Pflegeversicherung wurde von Anfang an vorgeworfen, sie sei unsozial, weil sie der jungen Verkäuferin Pflegebeiträge abknöpft und dem reichen Rentner üppige Pflegegelder überweist.

Erfolgreich arbeitet dagegen die private Pflegeversicherung. Sie hat bislang Rückstellungen in Höhe von über 8 Mrd. Euro aufgebaut. Für einen 40-Jährigen, der beim Start der Pflegeversicherung im Jahre 1996 noch 33,79 Euro monatlich bezahlte, sank der Beitrag auf heute 19,78 Euro. Die Versicherungswirtschaft ist bereit, die gesetzliche zu übernehmen und bietet – ähnlich wie bei der Zahnbehandlung – eine pauschale Privatpolice für zirka 40 Euro im Monat an. Doch weder SPD noch Union denken daran, die Offerte anzunehmen. Fairness mit den künftigen Generationen, wie sie Ökonomen und junge Abgeordnete anmahnen? Fehlanzeige. Die Jungen sollen zahlen. Mutig ist jedoch der Vorschlag von CDU-Chefin Angela Merkel, in der gesetzlichen Krankenkasse einen durchgängigen Selbstbehalt von zehn Prozent einzuführen, begrenzt auf maximal zwei Prozent des Bruttoeinkommens. Das macht beim Durchschnittsverdiener mit 2500 Euro im Monat immerhin bis zu 600 Euro im Jahr aus.

Merkel ließ sich von privaten Kassen beraten, die aus Erfahrung wissen, dass die Selbstbeteiligung das Kostenbewusstsein stärkt: Es ist nicht mehr alles scheinbar umsonst. Wenn jeder an

den Kosten selbst beteiligt ist, vermeidet er überflüssige Arztbesuche und überdimensionierte Pillenpackungen. Experten schätzen den Spareffekt auf 11 Milliarden Euro. Die Eigenbeteiligung hat den Vorteil, dass sie Bagatellerkrankungen privatisiert. 80 Prozent aller Arztbesuche entstehen aus Befindlichkeitsstörungen – Kopfweg, Rückenschmerzen, Müdigkeit. Die einzelne Behandlung ist nicht teuer. Aber muss die Allgemeinheit alles finanzieren? Wenn jeder die harmlose Grippe selbst bezahlt, hat die GKV genug Geld für die schweren Erkrankungen.

Mediziner erwarten ein höheres Gesundheitsbewusstsein. Beispiel Cholesterinsenker: 70 Prozent der teuren Präparate, die den Blutfettspiegel senken, werden heute aus Diätgründen verschoben: Erst kommt das leckere Stück Sahnetorte, danach die Reue und, schwups, die Tablette. So mancher, der künftig seinen Cholesterinsenker aus der eigenen Tasche bezahlen muss, wird dann über die Alternative Joggen um den Häuserblock nachdenken. Sozialpolitiker alten Schlags, wie Seehofer, wischen alle Effizienzargumente vom Tisch: „Leidtragende sind vor allem Familien und Geringverdiener.“ Doch hier sind ohnehin Härte- und Sozialklauseln vorgesehen. Gerade bei Familien ist vorstellbar, dass die Kassen die Kinder mitversichern, sollten die Privatkassen wider Erwarten keine günstigen Familientarife anbieten. Damit dürften die Familien nicht zu den Verlierern der Privatisierung gehören. Zumal Ziel der Reform ist, die Beitragslast für die junge Generation erträglich zu halten. Sorgen müssen wir uns alle machen, wenn nichts geschieht.

(Quelle: Geldidee)

Privatisierungssorgie? Ja, mehr



Jörg Guido Hülsmann

Von einer Privatisierungssorgie könne bei der deutschen Gesundheitsreform wohl kaum die Rede sein, meint Guido Hülsmann. Eine Privatisierung, die ihren Namen verdiente, müßte sowohl unter den Versicherern als auch unter den Medizinern zwangsfreien Wettbewerb zulassen und dem Konsumenten die Souveränität zurückgeben, die er gegenwärtig nicht hat.

Bürgerversicherung oder Prämiensystem: Der Staat bleibt fest im Sattel

Auburn, USA, www.ne-na.de – Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid sind rund 75 Prozent aller Deutschen der Meinung, dass die Einigung zwischen den großen Parteien nicht geeignet ist, das Gesundheitssystem auf eine solide Grundlage zu stellen. Drei von vier Deutschen wünschen sich der Umfrage zufolge radikalere Maßnahmen.

Gibt es einen deutlicheren Beweis für die tiefe politische Krise in Deutschland? Die Bevölkerung sieht den Kern und die Tragweite der Probleme und ist auch willens, einschneidende Veränderungen zu unterstützen. Aber die politischen Entscheidungsträger wollen sich mit kosmetischen Korrekturen, die im wesentlichen zu Lasten der Bürger gehen, über die Runden helfen.

Und auch die weiterreichenden Pläne der hohen Politik stellen ganz darauf ab, die medizinische Versorgung der Bürger noch stärker unter den Scheffel der staatlichen und halbstaatlichen Bürokratien zu stellen. Die Bevölkerung visionärer und willensstärker als die vermeintliche Führung – der politische Karren vor dem Ochsen.

Es liegt auf der Hand, dass das gegenwärtige System nicht aufrechterhalten werden kann, aber die Diskussion über Alternativen bleibt ganz in den eingefahrenen Bahnen. Die einen wollen für die Zukunft eine „Bürgerversicherung“, und die anderen wollen ein Prämiensystem. Wie bequem, dass beide Wege den Staat fest im Sattel lassen. Der Steuerzahler wird noch mehr ausgenommen als zuvor, und den Nutznießern des heutigen staatlichen Systems werden die Privilegien gesichert. Zum Hohn wird diese Bauernfängerei dann auch noch „Privatisierung“ genannt.

Wie sähe eine Privatisierung aus, die diesen Namen verdiente? Sie müsste alle Reste des Versicherungszwangs abschaffen, um den Bürgern endlich die Möglichkeit zu geben, preisgünstigere Alternativen zu nutzen. Für die überwältigende Mehrheit der Bürger ergäben sich alleine dadurch schon eine bedeutende Kostenreduktion. Man denke nur an die große Zahl versicherungsfremder Leistungen, die nicht mehr der Allgemeinheit zu Kosten kämen.

Doch bei dieser Liberalisierung eines Teilsystems der medizinischen Versorgung dürfte man es nicht belassen. Eine deutliche Senkung der Kosten wird sich erst einstellen, wenn der frische Wind des Wettbewerbs auch die Apotheken, Pharmaproduzenten und Ärzte erreicht. Im Falle der Apotheken und der Phar-

maindustrie wird das auch kaum noch bestritten. Nur die Götter in Weiß erfreuen sich weiterhin des gesetzlichen Naturschutzes. Wettbewerb der Ärzte? Soll man wirklich erlauben, dass Patienten von selbsternannten „Ärzten“ behandelt werden, die kein zehnjähriges Studium absolviert haben und keine staatlichen Gütesiegel vorweisen können?

Die Antwort auf diese Fragen ist weit weniger uneindeutig, als die meisten Menschen glauben. Eine wirklich kompetente politische Führung würde unseren Mitbürgern die unbegründeten Ängste vor dem freien Markt für ärztliche Dienste nehmen. Sie würde auf die überaus positiven geschichtlichen Erfahrungen mit dem Wettbewerb der Ärzte verweisen und auch erklären, wie der freie Markt die Qualitätskontrolle in den sensiblen Bereichen (Chirurgie, Anästhesie u.ä.) sicherstellt. Durch keinen Reformschritt sind in im Bereich der medizinischen Versorgung größere gesellschaftliche Vorteile zu erhoffen als durch größeren Wettbewerb unter den Ärzten.

Diese Tatsachen zu vermitteln, wäre eine würdige Aufgabe für echte Eliten. Aber die Deutschen erlauben sich den Luxus, mit ihren Steuergeldern eine Clique an der Macht zu erhalten, deren Auffassungsgabe und Mut im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im unteren Viertel liegt. Das kann nicht lange gut gehen.

Prof. Dr. Guido Hülsmann, promoviert an der TU in Berlin und habilitiert an der Universität Dauphine, Paris, ist Senior Fellow am amerikanischen *Ludwig von Mises Institute* in Auburn. <http://www.mises.org>. Er kommentiert für *NeueNachricht* aktuelle wirtschaftspolitische Fragen.

CNE Intern



CNE-Praktikant Gerald Hartup erhielt am 17. Juni 2003 von Bill Emmott, Editor in Chief des *Economist* einen Preis für seinen prämierten Aufsatz *Poor Countries Need Trade Not Aid*; zu lesen unter: http://www.cne.org/pub_pdf/2003_07_00_hartup_essay.pdf

CNE-Präsident Dr. Tim Evans begrüßte jüngst unseren ersten Institutspraktikanten (Intern) in diesem Jahr. Gerald Hartup studiert Politik, Ökonomie und Mathematik an der City of London Boys School. Erst kürzlich gewann er mit seinem Es-

say "Arme Länder brauchen Handel statt Hilfe" den ersten Preis bei einem Aufsatzwettbewerb des renommierten Londoner *Institute of Economic Affairs (IEA)*. Nun hat er sein Praktikum bei CNE begonnen. Gerald Hartup wird nicht nur die Arbeit und die täglichen Routinen unseres Instituts kennenlernen, sondern zudem ein neues Praktikantenprogramm für CNE erstellen und Gelegenheit zur eigenen Forschungsarbeit haben.

Das neue Praktikantenprogramm (Intern Programme) unter Leitung von PD Dr. Hardy Bouillon soll die künftigen Praktikanten auch mit einer Auswahl der wichtigsten liberalen Autoren vertraut machen.

CNE wird zunächst zwei Praktikanten pro Jahr willkommen heißen. Die Praktikumsdauer beträgt einen Monat. Die Bewerber und Bewerberinnen sind gebeten, an den englischsprachigen Aufsatzwettbewerben teilzunehmen, die CNE zu gegebenem Zeitpunkt aus-

schreiben wird. Es wird erwartet, dass Bewerber und Bewerberinnen neben Englisch eine weitere europäische Sprache beherrschen und mit den gängigen Computerprogrammen der Word-Familie vertraut sind.

Das Praktikum bietet die Möglichkeit, eigene Beiträge auf einer unserer Webseiten zu veröffentlichen, an CNE-Veranstaltungen teilzunehmen, den Visiting Fellows bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen und das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission zu besuchen.

Die Essays, über die wir später noch ausführlicher berichten werden, sollen die Auffassungen der Teilnehmer zu den jeweils wechselnden Preis-Themen widerspiegeln und werden von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates von CNE begutachtet.

Den ersten drei Gewinnern winken Preisgelder in Höhe von €500, 300 und 200.

Die Gewinner der Reimporte

Was ist Reimport? Wie wirkt er sich auf uns aus? Am Beispiel bekannter Produkte zeigt Jacob Arfwedson vom *International Policy Network (IPN)*, was Reimport bedeutet und welchen Einfluß Reimporte auf die pharmazeutische Industrie ausüben.

Arfwedsons Studie widmet sich unter anderem dem deutschen Pharma-Markt, dem größten Pharmamarkt in Europa. Dort stieg der Anteil reimportierter Produkte von 1,8% im Jahre 1998 auf immerhin 5,8% im Januar 2002; in Euro aus-

gedrückt: von 260 Mio. auf 800 Mio. Euro. Der Markt für reimportierte Pharmaka in Deutschland ist besonders wachstumsträchtig, weil eine Gesetz die Apotheken zum Vertrieb reimportierter Pharmaka verpflichtet, sofern diese mindestens 10% billiger sind als die nicht-reimportierten. Der Grund: Kostendämpfung. Untersuchungen haben allerdings ergeben, daß diese Klausel oft mißachtet wird (bei einer Zufallsuntersuchung konnte für keines der 8 reimportierten Produkte eine Ersparnis von mindestens 10% nachgewiesen werden).

Der Verdacht liegt nahe, daß der Staat gerne als Wahrer von Konsumenteninteressen erscheinen will, obwohl gerade er es ist, der durch entsprechende Reglementierungen bei der Preisfestsetzung pharmazeutischer Produkte im Inland federführend ist und die innereuropäischen Preisdifferenzen erst ermöglicht.

Arfwedsons Studie können Sie bei CNE kostenfrei herunterladen:

http://www.cne.org/pub_pdf/2003_07_00_arfwedson_parallel.pdf

Der Wettbewerb als Befreiungsinstrument



Von Franz Böhm stammt bekanntlich die Formulierung, der Wettbewerb sei ein Entmachtungsinstrument. Der Wettbewerb entmacht jene, die ihren Besitzstand auf Kosten der Freiheit Dritter wahren oder mehren wollen.

Doch das „Entmachtungsinstrument“ kann auch mißverstanden werden: als Instrument zur Entmachtung jener, die in den Augen mancher „zuviel“ Macht besitzen.

Es wäre daher wohl besser, den Wettbewerb ein Befreiungsinstrument zu nennen, meint CNEs Head of Academic Affairs, PD Dr. Hardy Bouillon.

Clements Meisterstück, die Abschaffung des Meisterzwanges, zeigt, daß alle Regierungen, ganz gleich welcher Couleur, dieses Instrument bedienen und damit jene entmachten können, die ihren Status auf Kosten der Freiheit Dritter wahren wollen.

Gewiß: Der obligatorische Befähigungsnachweis (Meisterbrief) wird nicht in allen 94 Gewerken der Handwerksordnung gestrichen; aber immerhin in 2/3 aller Fälle. Bei den verbleibenden 32 sogenannten „gefahrgeneigten Berufen“ bleibt alles beim Alten – und damit für gut zwei Drittel aller Handwerker. Auch angesichts dieser Einschränkungen ist die geplante Ände-

rung keine unbedeutende Entmachtung derer, welche die unternehmerische Freiheit ihrer Berufskollegen in der Vergangenheit behinderten.

Aber nicht immer erklingt der Ruf nach mehr Wettbewerb, um jene Macht außer Kraft zu setzen, die ihr Dasein zu Lasten der individuellen Freiheit führt. Oft wird der Wettbewerb als Eingriff in das spontane Ergebnis des Marktes mißbraucht, z.B. um Monopole oder Kartelle, die dem freien Wettbewerb entspringen, abzuschaffen. Hinter solchen Vorgehensweisen mag man ein vermeintlich „hehres“ Interesse der Konsumenten, die Bemühungen der Konkurrenten oder was auch immer vermuten. Ungeachtet der Motivlage können solche Entmachtungen nicht mit jenen gleichgesetzt werden, die der Aufhebung illegitimer Freiheitsbegrenzungen dienen.

Daß dies dennoch oft der Fall zu sein scheint, mag u.a. an der Mehrdeutigkeit des Machtbegriffs liegen. Macht im Sinne von Herrschaft meint meistens etwas anderes als Macht im Sinne von Schöpfung. Im ersten Sinne zielt sie auf die (unautorisierte) Beherrschung anderer Menschen und deren Güter; im zweiten auf die Beherrschung eigener Talente, Güter und Potentiale. Die Macht als angemessene Fremdherrschaft ist mit der individuellen Freiheit unvereinbar; die Macht, die sich auf das beschränkt, was einem zusteht (genuines Eigentum, legitim Produziertes oder Erworbenes und vertraglich Vereinbartes), hingegen ist sehr wohl mit individueller Freiheit verträglich.

Die Ambiguität im Böhmschen Diktum vom Wettbewerb als Entmachtungsinstrument mag mehrere Gründe haben. Einer dürfte in einem Versäumnis liegen. Denn oft wird nicht bedacht, dass Wettbewerb kein *immanenter* libe-

raler Wert, sondern (ähnlich der Toleranz) ein *emergenter* liberaler Wert ist, ein Wert, der aus einem ursprünglichen Wert hervorgeht. Ohne der Emanationslehre allzu nahe treten zu wollen, könnte man auch von einem emanenten Wert sprechen (emanare (lat.): entspringen, hervorgehen) D.h. der Wettbewerb entsteht, sobald die ersten (immanenten) liberalen Werte (Freiheit und Eigentum) vorhanden sind und einige Randbedingungen auftreten, vor allem die Bedingung, dass es handelbare Güter (oder Dienstleistungen) gibt, für die ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage gilt. Liberaler Wettbewerb muß nicht künstlich herbeigeführt werden; ja, er darf es sogar nicht, falls er die legitime Freiheit und das legitime Eigentum anderer ohne deren Zustimmung beeinträchtigt.

Den *emanenten* Wettbewerb in Freiheit zu gestalten, bedarf der einhelligen Zustimmung aller betroffenen Marktakteure. Jeder unautorisierte Eingriff von außen oder innen, bricht per se mit der individuellen Freiheit. Die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, die das Etikett „liberal“ verdienen will, muß darauf beschränkt bleiben, solche unautorisierten Eingriffe zu verhindern resp. zu ahnden.

Der französische Ökonom Bertrand Lemennicier hat erst kürzlich auf einer Konferenz in Piacenza darauf hingewiesen, dass der fahrlässige Umgang mit dem Wort *Wettbewerb* vielerlei Mißverständnissen Vorschub leiste. So spreche man häufig vom Steuerwettbewerb in der gleichen Weise, in der man vom Wettbewerb der Unternehmen rede. Dabei vergesse man, dass Staatsakteure kein unternehmerisches Risiko tragen. Frédéric Bastiat habe den Staat zutreffend als stationären Banditen cha-

rakterisiert, der via Steuern auf Kosten anderer lebe. Unternehmen hingegen konkurrierten auf eigenes Risiko und trügen damit zur Mehrung des Wohles aller bei.

Die Mehrdeutigkeit des Begriffs „Entmachtungsinstrument“ dürfte wohl auch in der allzu häufigen Verwechslung von Freiheit und Macht liegen. Sogar Friedrich A. von Hayek, dem es ein Anliegen war, die Konfusion der beiden Termini aufzuklären, sprach der Gleich-

setzung der beiden Begriffe letztlich das Wort, als er in seiner *Verfassung der Freiheit* schrieb, es sei ein klarer Fall von Zwang, wenn ein Monopolist lebenswichtige Güter zu unannehmbaren Preise anbiete (S. 165). Hayek verkannte wohl, daß kein Angebot die Mittel besitzt, in die Freiheit und das Eigentum anderer einzugreifen, sondern lediglich die Macht Dritter beeinträchtigen kann, und auch das nur in einer diese Macht ausdeh-

nenden Weise.

Noch einmal: Der Wettbewerb soll entmachten, aber nicht jene, die ihre Macht sich, dem Glück und dem freien Zutun anderer verdanken. Er soll befreien, befreien von unerlaubt auferlegten Zwängen. Insofern wären die Rolle und der Rang des Wettbewerbs im liberalen Wertekanon präziser umschrieben, wenn man es vorzöge, vom Wettbewerb als Befreiungsinstrument zu sprechen.

Kunst und Nutzen des Beleidigtseins



„Beleidigtsein ist eine hohe Kunst. Wer sich auf diese Kunst versteht, kann politisches Kapital aus ihr schlagen.“ Der Fall Schulz-Berlusconi zeige anschaulich, wie dies gehe, schreibt CNEs Head of Academic Affairs, PD Dr. Hardy Bouillon.

Sie gilt als eine hohe politische Kunst, mag sie doch wie kaum eine andere den Anschein der Aufrichtigkeit zumindest bei einigen zu erwecken: die Kunst, beleidigt zu sein.

Für Berlusconi hätte die Ratspräsidentschaft einfacher beginnen können. Dabei dürfte kaum jemand erwartet haben, daß die europäische Linke die Auftaktveranstaltung Anfang Juli für politische Propaganda

ungenutzt verstreichen ließe; schließlich bot sie ihr die Chance, eines ihrer beliebtesten Angriffsziele zu attackieren. Daß Berlusconi nicht viele Mitstreiter auf der europäischen Bühne finden würde, war von vornherein klar.

Der deutsche EU-Parlamentarier Martin Schulz, von dem zuvor eher wenig zu hören war, tat dann auch ganze Arbeit. Da er ohnehin seit Jahren gegen das organisierte Verbrechen zu Felde ziehe, fühlte er sich, wie er später in der Presse gestand, dazu berufen, Berlusconi zu kritisieren. Häufig meldete er sich zu Wort, warf Berlusconi vor, in seiner Antrittsrede versäumt zu haben, einen EU-Chefankläger zu fordern. Aber nicht nur das: Auch eine EU-weite Festnahmegarantie sowie eine allseitige Anerkennung von Rechtsdokumenten unter den Mitgliedsstaaten hätte Berlusconi s.E. fordern müssen. Schulz sparte aber auch nicht an persönlichen, indirekten Beleidigungen. (Schulz: „Ich bin nichtsdestotrotz froh, daß Sie heute hier sitzen und daß ich mit Ihnen diskutieren kann – dank Nicole Fontaine. Hätte Nicole Fontaine das Verfahren zur Aufhebung Ihrer Immunität und der Ihres Assistenten Dell'Utri, der auch heute hier ist, nicht so lange verschleppt, dann hätten Sie nicht mehr Ihre Immunität, die Sie brauchen. Auch dies ist eine

Wahrheit, die man heute hier aussprechen kann.“ Dies führte Berlusconi dazu, ironisch zu antworten. („Herr Schulz, ich weiß, daß in Italien ein Produzent zur Zeit einen Film über ein Konzentrationslager der Nazis dreht. Ich werde Sie für die Rolle des Capo vorschlagen. Sie sind dafür perfekt.“)

Gewiß, es ist etwas dran an dem, was George Bernhard Shaw einmal gesagt haben soll: „Deutscher Humor: das ist keine lustige Angelegenheit.“ Ob es Martin Schulz an Humor mangelte, ist schwer zu sagen. Aber woran es ihm offensichtlich nicht gebrach, ist politisches Gespür. Er begriff schnell, welche Chance sich ihm bot. Die Versuche Berlusconis, die Sache herunterzuspielen, verhalten nahezu ungehört. „Herr Präsident, wer hat die Einwürfe von Herrn Schulz nicht gehört? Er hat mich auf einer persönlichen Ebene erheblich beleidigt, und das in einem Ton und in einer Gestik, die sich für ein Parlament wie dieses nicht geziemen. Was ich gesagt habe, habe ich ironisch gesagt. Wenn Sie keine Ironie verstehen, dann tut es mir leid. Aber ich werde nichts von dem zurücknehmen, was ich ironisch sagte, solange Herr Schulz bei seinen persönlichen Attacken, die er gegen mich führte, bleibt. Ich habe es ironisch gemeint, er

hämisch." Schulz gab später zurück: "Der große Respekt vor den Opfern des Nazismus und Faschismus halten mich davon ab, diese ungeheuerlichen Bemerkungen, die uns viel über die Person sagen, die sie machte, zu kommentieren." In vielen Interviews in Deutschlands Fernsehstudios, gab Schulz wiederholt zu verstehen, daß es ihm nicht um die persönliche Beleidigung gegen ihn gehe, sondern um die Beleidigung, welche die europäischen Institutionen durch Berlusconi's Auftritt erfahren hätten. In der Tat ein geschickter Schachzug, der sich für Schulz postwendend bezahlt machen sollte.

Wie die Aachener Zeitung am 13. Juli zu berichten wusste, hat sich der „Vorstand der nordrhein-westfälischen SPD dafür ausgesprochen, den Europaparlamentarier Martin Schulz auf Platz eins der Bundesliste für die Europawahl 2004 zu setzen. Am Wochenende beschlossen die Vorstandsmitglieder in Bochum einstimmig den Spitzenplatz auf der Landesliste für den durch seine Kritik am EU-Ratspräsidenten Silvio Berlusconi bekannt gewordenen Schulz. «Er hat Profil bewiesen und erhält die breite Unterstützung der NRW-SPD für die Bundesdelegiertenkonferenz im November», sagte Landesvorsitzender Harald Schartau.“ Gegenüber der Aachener Zeitung erklärte Schulz, dass er im nächsten Europaparlament auch den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion anstrebe.

Es ist nicht sehr überraschend, daß die meisten Medien Schulzens Position ohne großen Kommentar übernommen haben. Aber drei Dinge dürften bei alledem doch überraschen:

1. Kaum einer kritisierte, daß und wie Schulz den Vertreter Italiens und jetzigen EU-Ratspräsidenten attackierte und beleidigte. 2. Nahezu niemand schien bemerkt zu haben, daß die deutsche Presse aus einem „Capo“ (einem Aufseher aus dem Kreise der Häftlinge) entweder einen Lagerkommandanten oder KZ-

Aufseher machte. 3. Wohl keiner schien sich daran zu stören, daß sowohl Berlusconi wie auch Schulz von den "Nazis" sprachen, nicht aber von den "Nationalsozialisten". Die Kurzform mag zwar gebräuchlich sein, täuscht aber darüber hinweg, daß die Nationalsozialisten auffällige Familienähnlichkeiten mit den Sozialisten zeigen. Von Nazis zu sprechen, ist in manchen kollektivistischen Schulen sehr beliebt, schließlich mag man „braune“ Sozialisten nicht. Die Tatsache, daß viele Sozialisten unter der nationalsozialistischen Herrschaft litten, half beim Aufbau der Mythe, der Kollektivismus bilde eine Seite des politischen Spektrums, während Konservatismus, Nationalsozialismus, Faschismus und Liberalismus (mehr oder weniger vereint) auf der anderen Seite stünden.

In einer kürzlichen Besprechung von Tim Evans Buch *Radical Conservatism* (Robin Ramsey in: *Lobster. The Journal of Parapolitics* 25, 2003, S. 40-42), gestand der Rezensent, der sich selbst zur Linken zählt, daß die britische Linke die Infiltration der Konservativen unter Thatcher zunächst als eine faschistische Unterwanderung gedeutet habe. Viel zu spät habe man bemerkt, daß es sich um eine libertäre „Übernahme“ gehandelt habe. Das zeigt, wie tief das selbstgewählte Einteilungsschema in *rechts* und *links* im kollektivistischen Denken verwurzelt ist. Es war Ludwig von Mises, der schon in den 20er Jahren auf die verzerrte Abbildung der politischen Ideologien aufmerksam machte. Er unterschied freie und unfreie Gesellschaften und demzufolge zwischen einer liberalen Gesellschaft einerseits und kollektivistischen Gesellschaftsordnungen jeglicher Couleur andererseits. Von Nazis zu sprechen statt von Nationalsozialisten, verfälscht die historische Wahrheit und verwechselt die ideologische Liga, in der Hitler

und die seinen agierten.

Nationalsozialismus und Faschismus miteinander zu vergleichen, ist Sache der Historiker und anderer Wissenschaftler. Die historische Forschung beider Regime ist noch nicht abgeschlossen, aber es dürfte wohl außer Frage stehen, daß die Zahl der Opfer der Nationalsozialisten weitaus höher war als die der Faschisten. Martin Schulz hat kluger Weise nicht von den Opfern „des“ Faschismus (deutschen Nationalsozialismus und italienischen Faschismus unter Faschismus subsumierend – wie vielerorts üblich) gesprochen. Aber könnte man es einem Italiener verdenken, der dächte, es sei bereits beleidigend, beide Diktaturen in einem Atemzug zu nennen? Vor allem angesichts der Tatsache, daß ein ironisches Angebot, einen Capo in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager zu spielen, zum Beleidigtsein offensichtlich ausreicht.

Wie auch immer: Der 1. Juli war ein passendes Datum für ein wenig Sommertheater. Aufrichtigkeit war wohl kaum im Spiel. Aber in Sachen Politik wurde ein anschauliches Lehrstück dargeboten. Beleidigtsein ist eine hohe Kunst. Wer sich auf diese Kunst versteht, kann politisches Kapital aus ihr schlagen. Das wissen auch all jene, die im zweiten Akt der deutsch-italienischen Posse auf die Bühne traten. Ein Kurzauftritt des Staatssekretärs Stefani reichte Gerhard Schröder, um hinreichend beleidigt zu sein. Der Italienurlaub wurde abgesagt und aufs nächste Jahr verschoben. Der Kanzler will wohl nur einen Sommer lang beleidigt sein. Dabei kann der Vorwurf, die deutschen Urlauber seien unkultivierte, lärmende und saufende Superblonde, ihn kaum treffen. Denn wie wir alle wissen, ist sein Haar schwarz.

* Zitate sind Übersetzungen aus dem Englischen; Originalzitate nach Agence France Presse, English, 03 July 2003.